

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Weis'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Nr. 281.

Montag den 1. Dezember 1930.

88. Jahrgang.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
z. 1.50. Durch die Post
in Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
inl. Verh. z. 1.80 m. Post-
zuschlag. Preis "eibl."
Preis einer Nummer
10 J.

In Fällen höh. Ermäß.
besteht kein Anspruch auf
Erfahrung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Anstalten jed.
zeit entgegen.

Verantwortl. Nr. 4.

Neuenbürg, den 1. Dez. 1930.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeilenzeit
über deren Raum 25 J.,
Reklame-Zeile 80 J.,
Kollektiv-Anzeigen 100
Brosch. 250 J. Offerte
und Anzeigenentwurf
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Mahnver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Zahlun-
gen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für sel. Auftr. wird keine
Gewähr übernommen.

Deutschland.

Reichsanwaltschaften 1931.

Stuttgart, 29. Nov. Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Nach der Verordnung des Innenministeriums im amtlichen Teil der getragenen Nummer des Staatsanzeigers ist auch für 1931 jedes Reichsanwaltschaften auf öffentlichen Straßen und Wegen verboten, also insbesondere alle Aufhängen- oder Anschläge, sowie jedes sachdienliche Auftreten von Personen auf öffentlicher Straße. Bezüglich der Polizeistrafen verbleibt es auch über die Reichsanwaltschaft bei den geltenden Bestimmungen. Im übrigen sind die Polizeibehörden angewiesen worden, soweit dies gesetzlich möglich ist, auf die Verhinderung der Verwirklichung von Reichsanwaltschaften auf wenige Wochen vor Reichsanwaltschaft hinzuwirken, sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Reichsanwaltschaften Auswüchse unterbleiben, insbesondere daß die halbwüchsigen Jugend sowie Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich anständig benehmen, ferngehalten oder entfernt werden. Wegen der Behandlung von Reichsanwaltschaften in einzelnen Orten des Landes, deren Abhaltung einem uralten Brauch entspricht, haben die beteiligten Oberämter besondere Weisung erhalten.

Aufwertungs- und Wirtschaftslangweil.

Stuttgart, 29. Nov. Bei der öffentlichen Kundgebung des Deutschen Aufwertungs- und Wirtschaftslangweil wurde nachstehende Entschließung angenommen: Die Wiederherstellung des Ansehens der Inflationspolitik und der Aufwertungsgehung ist nicht nur aus rechtlichen, moralischen und sozialpolitischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Die sparteinliche Politik der letzten zwölf Jahre, die in der Aufwertungsgehung gipfelt, trägt die Schuld an den volkswirtschaftlich untragbaren hohen Zinsen und an der Störung der inländischen Kapitalbildung; sie hat in den Sparverwehren das Vertrauen zerstört und damit die tiefste Krise der Kapitalbildung gebracht; sie hat auch in mannigfacher Weise an der deutschen Arbeitslosigkeit beigetragen. Es ist höchste Zeit zur Umkehr ge worden. Wir fordern für die Zukunft eine pflegliche Behandlung des deutschen Sparverwehren; eine bewußte sparteinliche Wirtschaftspolitik. Wir fordern die Einsetzung eines besonderen Sachverständigen-Ausschusses durch die Reichsregierung mit der Aufgabe, die Frage einer Reform der Aufwertungsgehung im Zusammenhang mit den anderen bestehenden Problemen des finanziellen und wirtschaftlichen Lebens gründlich zu prüfen und der Regierung Vorschläge zur Behebung der Not zu unterbreiten. Wir sind überzeugt, daß nur energische durchgreifende Reformen des Vertrauens wiederherstellen und das deutsche Volk, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft aus der heutigen schweren Krise herauszuführen vermögen.

Frankreich fürchtet die badische Polizei.

Karlsruhe, 30. Nov. Halbamtlich verlautet: Der „Matin“ vom 20. November bringt wieder einmal einen Artikel, in dem den Feiern alle möglichen Schauerwörter von deutschen Mänteln und einer „Weidmarmer“ entgegengeführt werden. U. a. wird behauptet, daß mit Ausnahme der preuß. Polizei die Polizeimannschaften und Schupo der Länder praktisch der Weidmarmer unterstellt seien. Die Schupo des Großherzogtums Baden, heißt es dann weiter, z. B. hat sorben richtige große Mäntel unter der Karole „Mäntel sind im Schwarzwald!“ abgehalten. Dazu ist festzuhalten, daß die badische Polizei nur rein polizeilichen Zwecken und Aufgaben dient. Bei den sehr selten vorkommenden Leistungen der Polizei außerhalb der Staatsgrenze werden immer Fragen zugrunde gelegt, die polizeilichen Aufgaben entsprechen, wie sie schon vorhergekommen sind oder vorkommen können. Die Leistung im Schwarzwald, auf die der „Matin“ Bezug nimmt, beschäftigte sich mit der Einlieferung und Festnahme von Zigeunern, wobei zu bemerken ist, daß ein häufigeres Auftreten von Zigeunern in Baden im letzten Jahre durch das Landespolizeiamt festgestellt worden war. Bei einer zweiten Leistung war eine Unruhebewegung angenommen worden, zu deren Bewältigung die württembergischen Polizeistellen nicht ausreichten, weshalb von auswärts Verstärkung zu Hilfe gerufen werden mußte. An keiner Leistung haben jedoch alle Polizeikräfte teilgenommen, sondern nur diejenigen aus der Nachbarschaft des Leistungsgebietes. Es ist eine vollkommene Entfaltung der Tatsachen, wenn im „Matin“ behauptet wird, die badische Polizei beschäftigte sich mit anderen, insbesondere militärischen Aufgaben, für die sie weder die Ausbildung noch die Ausrüstung besitzt. Ebenso falsch ist es, die badische Polizei anders zu betrachten als die preussische. Daß die badische Polizei als ein Organ der badischen Verwaltung mit der Reichswehr in keinerlei Beziehung steht und von ihr auch vollkommen unabhängig ist, braucht Verneinungen nicht erst besonders verifiziert zu werden.

Die Grazer Reichsbannergruppe soll aufgelöst werden.

Weimar, 29. Nov. Dem Thüringischen Ministerium des Innern wird folgendes mitgeteilt: Nach den polizeilichen Ermittlungen hat die Ortsgruppe Grazer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 2. August zwischen Kleinraar und dem Waldbrand „In der Reichshaus“ bei Grazer eine militärische Übung abgehalten, an der etwa 30 Personen teilgenommen haben. Die militärische Übung sah Marschbewegung, Verbindungsläufe und anderes vor. Vor dem Waldbrand wurden Schanzlinien auf freiem Felde entworfen. Es erfolgte ein wirklicher Angriff auf den Waldbrand, der durch Dornsignale, wie sie früher bei den Feldübungen der Infanterie abgeben wurden, abgedrückt wurde. Aus dem Verhalten der Ortsgruppe Grazer des Reichsbanners geht hervor, daß sich diese

Ortsgruppe militärisch betätigt und durch ihre Betätigung und ihren Zweck im Widerspruch zu dem Geleit zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages steht. Das Thüringische Ministerium des Innern hat daher pflichtgemäß nach § 1 des genannten Gesetzes den Herrn Reichsbannerführer des Innern um seine Zustimmung zur Auflösung der Ortsgruppe Grazer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold auf Grund der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen gebeten.

Die deutsche Note in Genf überreicht.

Berlin, 30. Nov. Die Reichsregierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes die angeforderte Note über die Verfolgung und Unterdrückung der Deutschen in Ostpreußen überreicht. Der Note sind mehrere Anlagen beigefügt, in denen die Verletzung der Weidmarde durch Aufhebung bestimmter Einzelfälle nachgewiesen wird. Die Reichsregierung verlangt in der Note, daß der Völkerbund auf Grund der bestehenden Abkommen über die Behandlung der Minderheiten gegen die Verletzung der Rechte eingreife, daß die durch polnische Terrorakte betroffenen Deutschen entschädigt und die politischen Rechte der deutschen Minderheiten in Zukunft gewahrt werden. Das Auswärtige Amt hat gleichzeitig den Regierungen seiner Staaten, die im Völkerbund vertreten sind — und dazu gehören alle europäischen Großmächte — durch die diplomatischen Vertreter die Note überreicht und auch mündlich erläutern lassen.

Gugenberg fordert Austritt aus dem Völkerbund.

Berlin, 30. Nov. Dr. Gugenberg hat namens der Deutschnationalen Volkspartei an den Reichskanzler Brüning folgendes Telegramm gerichtet: Die Vorgänge in der Genfer Abrüstungskonferenz enthüllen trotz den bösen Willen Frankreichs und der seine Rüstungspolitik feindlichen Staaten in der für die Erhaltung des europäischen Friedens entscheidenden Abrüstungsfrage. Sie widerlegen zugleich kurz und knapp die bisherigen deutschen Außenpolitik. Angesichts dieser Erfahrungen und angesichts der für die ungeschädigte Zukunft durch Solens Terrorverbrechen entstehenden Gefahr wiederholen wir heute nachdrücklich unsere Forderung auf Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Rüstungsfreiheit. Bei Nichtanerkennung dieses Rechts durch die Versailles-Vertragsgegner halten wir den Austritt aus dem Völkerbund, in dem die Gleichberechtigung zur hohlen Phrase wurde, für unerlässlich.

Ausland.

Vaugoin zurückgetreten.

Wien, 29. Nov. Bundeskanzler Vaugoin hat dem Bundespräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Bundespräsident hat den Rücktritt genehmigt und dem Kabinett die einstweilige Weiterführung der Geschäfte übertragen. Der Rücktritt wurde der Vorarlberger Landesbauernführer Dr. Ender betraut, der sich bereit erklärt hat, diese Position zu übernehmen. Er wird am Sonntag in Wien eintreffen, um die Verhandlungen mit den Parteien aufzunehmen. Dr. Otto Ender gehört der Christlich-Sozialen Partei an. Er wurde 1875 in Altach (Vorarlberg) geboren. Seit 1918 ist er Landesbauernführer von Vorarlberg. Dem Verufe nach ist er Rechtsanwalt in Bregenz. Er war Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung und Mitglied des internationalen Ausschusses für die Arbeitsregulierung. Im April 1920, als das Kabinett Seipel demissioniert hatte, handelte er seine Verennung als Regierungschef bevor. Infolge Erkrankung seiner Frau lebte er damals ab.

Widmung der Genfer Wirtschaftskonferenz.

Genf, 29. Nov. Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes, die ausgesprochen europäischen Charakter trug, ist heute abgeschlossen worden. 16 Staaten haben das Schlussprotokoll, in dem die Ergebnisse der Konferenz zusammengefasst sind, unterzeichnet. Die Konferenz hatte hauptsächlich die Aufgabe, die Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Genfer Handelskonvention vom März dieses Jahres festzusetzen und die weiteren Verhandlungen über eine Verbesserung des internationalen Warenverkehrs vorzubereiten. Die Arbeiten der Konferenz haben zur Annahme einer Entschließung geführt, die die Möglichkeit für praktische bilaterale Verhandlungen zwischen England und einer Reihe von kontinentalen Staaten eröffnet. Die Vertreter der südosteuropäischen Staaten haben in der heutigen Schlussitzung durch eine gemeinsame Erklärung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, daß ihre Vorkonferenzforderungen nicht zu einem praktischen Ergebnis führten. Im übrigen ist, wie von maßgebender deutscher Seite mitgeteilt wird, durch die negative Einstellung der Konferenz zu diesem Problem der Weg für die praktischen Verhandlungen mit den Donauländern keineswegs verbannt worden.

Aus Stadt und Bezirk.

Die Bewerber um eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Conweiler, 2 Stellen, Dienstwohnung. Gelegenheit zur Nebenvernahme des Organisationsdienstes, die Schulvorstandsstelle ist zu regeln, haben sich bis zum 20. Dezember beim Evang. Oberschulrat zu melden.

Neuenbürg, 1. Nov. Am Samstag, den 29. November, fand unter Leitung von Landrat Kempf die Ortsvorberedung in Oberlengenhardt statt. Dabei wurde Georg Stahl, Landwirt in Oberlengenhardt mit 86 Stimmen von 139 gültig abgegebenen Stimmen gewählt.

(Wetterbericht) Tiefdruckgebiete zeigen sich über Frankreich und bei Island, schwacher Hochdruck über Skandinavien. Unter diesen Umständen ist für Dienstag und Mittwoch

noch zwar zeitweilig aufsteigendes, aber immer noch unbedeutendes Wetter zu erwarten.

Engelsbrunn, 1. Dez. Samstag abend kurz vor 10 Uhr, brach in der Garage der Autobermietung Lutz durch einen Vergaserbrand an einem Personenzug ein Brand aus, der recht bedrohliche Formen annahm, jedoch von der Ortsfeuerwehr eingedämmt werden konnte, ohne daß die alarmierte Weidmarie Neuenbürg in Tätigkeit zu treten brauchte. Dem Feuer zum Opfer gefallen ist der Dachstuhl der Scheuer, in der die Garage untergebracht war. Sehr stark beschädigt wurde ein Kraftwagen, weniger stark ein kleinerer Omnibus und ein Personenzug. Der Besitzer ist empfindlich geschädigt.

Waldbrunn, 1. Dez. (Die Gasfernverföhrung.) In der letzten Gemeinderatsitzung wurde über die Gasfernverföhrung des oberen Enztales von Birkenfeld bis Waldbrunn bekannt, daß das Oberamt von der technischen Beratungsstelle in Stuttgart ein Gutachten einarbeiten ließ. Nach diesem Gutachten würden die gesamten von den Gemeinden aufzubringenden Kosten für das Unternehmen 600 000 RM. betragen. Der durchschnittliche Gaspreis würde sich bei normalem Verbrauch zwischen 10 und 20 Bfg. bewegen.

Württemberg.

Balingen a. Enz, 30. Nov. (100 Jahre „Enzboten“.) Das alt-eingelebte Bezirksamt „Der Enzboten“ kann auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat der Verföhrer, Herr Wimmerdorf, in einer herrlichen, reich bebilderten Jubiläumsausgabe die Geschichte des „Enzboten“ geschrieben. Die Jubiläumsummer enthält außerdem eine Reihe von wertvollen Aufsätzen über die Geschichte und über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung von Stadt und Bezirk Balingen. Dem Verföhrer ist aus Anlaß des Jubiläums zahlreiche Glückwünsche zugegangen. In von Staatspräsident Dr. Holz, der Vorkonferenz des Staatsministeriums, vom Oberamt und Stadtschultheißenamt Balingen und von Generaldirektor Carl Eber im Namen des Vereins würdige Veröhrungen.

Balingen a. E., 30. Nov. (Das Zahlen vergessen.) Auf dem letzten Balingen Markt kaufte ein unbekannter Landwirt eine Kuh, wozu er aber, diese zu zahlen. Nachdem sich im Verlauf von 10 Tagen der Käufer beim Verkäufer noch nicht gemeldet hatte, um Zahlung zu leisten, wurde er auf dem nicht gerade ungewöhnlichen Weg durch Zeitungsanzeigen gesucht. Schon am Tage darauf gelang es den Beamten des Balingen Stationskommandos, den Käufer in der Person eines Landwirts von Heimerdingen zu ermitteln, der dank seiner Wohlthätigkeit derartige „Vergeßlichkeiten“ gar nicht nötig haben soll. Er soll ähnliche Dinar schon wiederholt gedreht haben.

Lauffen a. N., 30. Nov. (Arbeitsverhältnisse.) Wie die Arbeiter hört, sieht sich auch die Firma Gullao Mägler u. G. genötigt, ihren sämtlichen Arbeitern auf Lohnzuschlag zu kündigen. Die Firma Mägler beschäftigt zurzeit rund 1000 Arbeiter in Lauffen und in ihren Filialbetrieben, die ausnahmslos von der Rüstungsbranche betroffen werden, falls die Tabaksteuererhöhung zum Gesetz erhoben wird.

Heilbronn, 29. Nov. (1200 Tabakarbeiter in Heilbronn gekündigt.) Dieser Tage wurde in der Heilbronner Zigarettenfabrik 1160—1200 Arbeitern auf den 29. November gekündigt. Es ist noch nicht voranzuschauen, ob diese Kündigungen in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

Heilbronn, 29. Nov. (Gaszepfession.) Eine in den 40er Jahren lebende Frau hatte vermutlich den Gashaus geöffnet, um aus dem Leben zu scheiden. Die austretenden Gase entzündeten sich wahrscheinlich durch die im Haus noch glimmenden Kohlen und verurlochten hierdurch eine Explosion. Da die Küche direkt unter dem Dach des einstöckigen Hauses sich befindet, wurde es teilweise abgedreht, außerdem wurden die oberen Schichten eingestürzt. Durch die starke Detonation sind in der näheren Umgebung veröhrliche Fenster zertrümmert worden. Die zu Hilfe gerufenen Feuerwehr fand die Frau bewußlos unter den Trümmern auf und lieferte sie ins Krankenhaus ein.

Stuttgart, 29. Nov. (Warnung vor dem Kauf von Büchern aller Art im Wege des Hausierhandels.) Von der Handwerkskammer Stuttgart wird uns geschrieben: In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß auf dem meist im Wege des Hausierhandels vor sich gehenden Verkauf von Buchführungen (Geschäftsbüchern), sog. gemeinverständlichen Rechtsbüchern und sonstiger Literatur, die man in Kreisen des gewerblichen Mittelstandes unterzubringen hofft, von den Verkäufern bzw. deren Vertretern die amtlichen Berufsverordnungen des Handwerks insofern mißbraucht werden, als diese auf eine Empfehlung ihrer Schriften durch die Kammer, die in keiner Weise gegeben wurde, sich bei der anschließenden Kaufschoß berufen haben. Die Vorherrschaft der letzten Zeit veranlassen uns, darauf ganz besonders aufmerksam zu machen, daß wir grundsätzlich keine Empfehlungen irgend welcher Art für den Vertrieb von Büchern erteilen. Die Kammer ist jedoch bereit, wenn die notwendigen Unterlagen ihr eingereicht werden, über die angebotenen Geschäftsbücher, Buchhaltungsschriften usw. auf Wunsch den Handwerkern sachverständige Gutachten abzugeben.

Stuttgart, 29. Nov. (Wegfall der Duldungskartenverordnungen.) Von einer Bekanntmachung des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Württemberg kommen mit Wirkung vom 1. Januar 1931 die bisher von den Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angehörtenversicherung geföhrten Verordnungen über ausserordentliche Duldungskarten in Wegfall. Diese überhens nur bei wenigen Landesversicherungsanstalten eingeföhrten Duldungskartenverordnungen waren nicht selten sowohl bei Vertragsstreitigkeiten und Duldungskartenverordnungen als bei sonstigen Fällen der Anwartschaftserhaltung und Wartezeitbefreiung eine wertvolle Beweisgrundlage, mit der für die Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann. Umso notwendiger ist es, daß hinsichtlich der Arbeitgeber- und Versicherten der ordnungsmäßigen Führung und dem rechtzeitigen Austausch der Duldungskarten, sowie der sorgfältigen Aufbewahrung der Duldungskarten, der Aufrechterhaltung der Anwartschaftserhaltung und Wartezeitbefreiung und der Vermeidung von Schäden bewahren wollen und eine strengere Handhabung der Duldungskartenverordnungen der Landesversicherungsanstalt vorkommen werden soll.

Stuttgart, 29. Nov. (Weitere Senkung von Fleischpreisen.) Die Stuttgarter Fleischversorgung gibt bekannt, daß sie mehrere Ermäßigungen in Fleisch- und Wurstpreisen vom heutigen Samstag ab ein-



reten ist: Rindfleisch 1. Güte kostet in den Läden ihrer Mitglieder nun 1,05 RM, Rindfleisch 2. Güte 90 Pfennig das Pfund, Kalbfleisch 1. Güte 1,10, 2. Güte 90 Pf. bis 1 RM, Kalbfleisch 65-80 Pf., Hammelfleisch 1,10-1,25 RM, Schillingwurst das Pfund 1,30 RM, das Stück 30 Pf., Soltenswürstchen 1,30 RM, and 22 Pf., Schinken gekocht 2 Mark das Pfund.

Stuttgart, 30. Nov. (Zur 90. Weiberkehr von Champigny und Villers.) Zum ehrenden dankbaren Gedächtnis der gefallenen Weibkämpfer in den Schlachten von Champigny und Villers am 30. November und 2. Dezember 1870 hat eine Abordnung des Weibk. Kriegsbundes unter Führung des Bundespräsidenten, Generalleutnant a. D. Dr. von Mour, einen Lorbeerkranz am Kriegerehrenmal von 1870/71 auf dem Fingelsbachfriedhof in Stuttgart abgelegt.

Dußlingen, 29. Nov. (Tödlicher Sturz durchs Glasdach.) Der junge Glasmeister Johannes Klein in Firma Gebr. Klein, mechanische Glaserei, war am Freitag mit Ausbesserungsarbeiten auf einem Glasdach beschäftigt. Plötzlich brach er durch und stürzte drei Meter tief auf den harten Betonboden herab. Die erlittenen inneren Verletzungen waren so schwer, daß er noch am Abend starb.

Hall, 29. Nov. (Im Jähorn das eigene Kind getötet.) Hall Schwurgericht hat den am 27. März 1905 in Kiefern, O.A. Hall geborenen und in Heimbach, Gemeinde Nüchelshaus, wohnenden verheirateten Schmiedgesellen Friedrich Windmüller wegen eines Verbrechens der Körperverletzung mit Todesfolge zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte ging, wie das Haller Taabblatt berichtet, am Wahlsonntag nach Nüchelshaus, trank dort drei Glas Bier und kam gegen 5 1/2 Uhr wieder nach Heimbach zurück. Da er haben wollte, daß sein Knabe ebenso wie andere Kinder rede, verlangte er von ihm, daß er das Wort „ja“ sage, was der Knabe eben nicht tat, sondern nur nickte und „na“ sagte. Hierdurch verärgert, ließ der Angeklagte den Knaben mit der Faust auf die Stirn, schlug ihn dann mit beiden Händen an der Brust und mit den Worten: „Du Schuft, willst du jetzt „ja“ sagen oder nicht!“ ließ er ihn mit dem Hinterkopf zu auf dem Fuchshoden, daß der Knabe sofort Atem und Seiner bewegungslos hängen ließ und alsbald starb.

Hall, 29. Nov. (Kindsmord.) Es wurde dieses Frühjahr im Haller Taabblatt bekannt gegeben, daß am Kirchen der Mühle in Unterneuhaus ein neugeborenes totes Kind angeschwommen wurde. Den hiesigen Landjägerbeamten ist es gelungen, die unnatürliche Mutter zu ermitteln und nebst einer Mütterin in Haft zu nehmen. Es handelte sich um eine Frau, die in der Festungsgasse in Stuttgart wohnt. Die Vernehmung der Frau durch die Staatsanwaltschaft wurde durch Feueralarm aus dem Schlaf geweckt. Die großen Stallgebäude der ehemaligen Lindenweverei, jetzt der Stadt gehörig, standen in wenigen Augenblicken in Flammen. Nur den größten Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, das angebaute Wohnhaus, das sofort geräumt wurde, zu retten. Der Brand wurde mittels Motor- und Dampfstrahl bekämpft. Die Gebäude sind vollkommen zerstört. Der Schaden, den die Stadt erleidet, sowie verschiedene Einleger von Getreide und Maschinen, ist ganz bedeutend. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt. Da aber in letzter Zeit verschiedene Versuche gemacht worden waren, das Gebäude in Brand zu setzen, so ist es nicht von der Hand zu weisen, daß tatsächlich Brandstiftung vorliegt.

Esslingen, 29. Nov. (Stillschleusenverbrechen.) Der verheiratete Arbeiter Lauer Schwender in Heidenheim wurde wegen eines Verbrechens des Vergehens der Unterschlagung und Raubtucht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Tätigkeitsbericht 1906 des Württ. Waldbesitzerverbands. Stuttgart, 29. Nov. Nach dem Tätigkeitsbericht 1906 des Württ. Waldbesitzerverbands ist die Waldbewirtschaftung unter den Auswirkungen der schweren Wirtschaftsverhältnisse außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Absatz der Walderzeugnisse vermag seit Monaten bisher nie gelungenen Schwierigkeiten. Der Holzverkauf im Inland ist erheblich zurückgegangen und trotzdem wird der deutsche Holzmarkt ständig überflutet mit Holz aus der östlichen Holzüberflutungsänder. Der längst geforderte Schutz gegen diesen verhängnisvollen Wettbewerb des Auslandes ist bisher verlagert geblieben. Die Preise für sämtliche Holzsorten sind im Laufe des Jahres in verhängnisvollem Ausmaß herabgedrückt worden. Für das süddeutsche Hauptforstortiment, das Kadelhammholz, liegen die Erlöse bereits unter dem Vorkriegsstand, während die Ausgaben bei den meisten Forstbetrieben gegenüber 1913 um das Doppelte bis Dreifache angewachsen sind. Die Waldbewirtschaftung ist damit zu einer außerordentlichen Verlustwirtschaft herabgedrückt worden. Viele Landgemeinden, denen ihr Wald bisher die wichtigste Einnahmequelle war, müssen wegen der Absatzlosigkeit und des Preisrückgangs am Rundholzmarkt ihren Haushalt durch allgemeine Steuerermittel über Wasser halten, wäh-

rend die Privatforstbetriebe dem Zusammenbruch schon bedeutend nahe gekommen sind. Aus dem umfangreichen Tätigkeitsbericht seien im folgenden einige Punkte besonders hervorgehoben: Dem seit Jahren gestellten Antrag auf Angleichung der Waldkataster an die übrigen Grundkataster ist vom Landtag nur teilweise entsprochen worden. Das Waldkataster wurde für die Berechnung der Staatssteuer um 10 Prozent herabgesetzt, eine Regelung, die angesichts des starken Rückgangs der Waldleistungen noch lange nicht als ausreichend bezeichnet werden kann. Für die Neuaufstellung von landwirtschaftlich nicht benutzbaren Grundflächen wurde eine Steuerfreiheit von 30 bis 40 Jahren gefordert, während im Entwurf zum Grundsteuergesetz nur eine zehnjährige Steuerfreiheit vorgesehen ist. Angesichts der außerordentlichen Verschlechterung der Holzmarktlage wurde mit allen Mitteln gegen die Hebersteigerung der Holzeinfuhr angekämpft. In Eingaben, Anträgen und Verhandlungen mit der Landes- und Reichsregierung wurden überaus reichhaltige Maßnahmen zur Abdrofflung der übermäßigen Holzpreise gefordert. Zweck Förderung des Holzabsatzes nach dem Saargebiet nachdrücklich vertreten. Zur Behebung des Verdrängens von einheimischem Holz wurde ferner eine ausgedehnte Verbotstätigkeit in Preisen und Orientierung eingeführt. Die teilweise am das Mehrfache gegenüber der Vorkriegszeit erhöhten Beiträge zu den Sozialversicherungen gaben Veranlassung, immer wieder für eine Erleichterung der Soziallasten einzutreten. Zweck Verbreitung und Vertiefung forstlicher Kenntnisse wurde im Laufe des Jahres wiederum eine größere Wandtagung in Sigmaringen sowie eine Reihe von Waldbesitztagungen abgehalten, die sich stets großer Beteiligung erfreuten. Auf einer Reihe von Bezirksversammlungen wurden die wichtigsten Fragen der Holzverwaltung und sonstiger Waldangelegenheiten unter reger Teilnahme der Waldbesitzer behandelt. Auf den verschiedenen Gebieten wurde die Geschäftstätigkeit täglich um Kunststoffe und Beratung angegangen. Mit den meisten Forstplantagenfirmen wurde eine Vereinbarung erzielt, die den Verbundmitgliedern beim Bezug von Forstplantagen und Samen eine besondere Preisermäßigung von 5 bis 10 Prozent einräumt. Der Nachrichten dienst wurde erheblich ausgebaut durch rege Abnahme mit den Holzverkaufsstellen der süddeutschen Staatsforstverwaltungen und Waldbesitzerverbände durch Zusammenfragen der laufenden Verkaufserlöse aus allen Landesteilen u. a. m. Die Verkaufstätigkeit hat im Laufe der letzten Jahre trotz mancher Demunisse und Widerstände an Ausdehnung ständig zugenommen, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Zusammenziehen auch beim Waldbesitz gegenüber der eingekesselten Holzverkaufstätigkeit in immer weiteren Kreisen als notwendig erachtet wird. Im vergangenen Jahr wurden rund 2.000 Hm. Kuchbälter aller Art in meist kleineren Mengen aus allen Landesteilen zum Verkauf gebracht. Der Kuchbälterstand hat durch Neueintritt verschiedener Waldgemeinden und Einzelwaldbesitzer im Laufe des Jahres eine weitere Zunahme erfahren. Der Waldbesitzerverband umfaßt heute 56 Waldgemeinden mit zusammen rund 1.200 Hektar Waldfläche, 107 Einzelwaldbesitzer mit 104.000 Hektar und 13 Waldvereine mit 1751 Mitgliedern und einer Waldfläche von rund 11.000 Hektar. Gegenüber dem Stand des letzten Jahres ergibt sich ein Mehrbetrag von 6000 Hektar. Die dem Verband angeschlossene Gesamtlage beträgt heute rund 250.000 Hektar. Die Rechnungslage des Verbands ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Ausblick auf das neue Wirtschaftsjahr ist bei dem betrüblichen Gesamtbild der wirtschaftlichen und politischen Lage in höchstem Maße besorgniserregend. Für die Waldbewirtschaftung steht angesichts der Verhältnisse am Holzmarkt ein schweres Sorgenjahr vor der Tür. Mehr denn je gilt es, durch enge Zusammenarbeit und durch rege Mitarbeit aller beteiligten Kreise unsere Waldbewirtschaftung durch diese schwere Arizenzzeit hindurchzubringen.

gefordert. Einen Ansehungsgrund sehen die Anhänger dieser Liste darin, daß die Einheitsliste bei den Bezirks- und Kreiswahlen mit Nr. 11 und bei der Gemeindevahl mit Nr. 12 bezeichnet war. Die Vereinerung ist der Ansicht, daß durch die verschiedenartige Nummerierung bei manchem Wähler eine Verwechslung vorgenommen sein dürfte und die Partei dadurch benachteiligt worden sei.

Heidelberg, 30. Nov. Am Samstag fand in Heidelberg der erste Prüfungstermin der Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H. statt. Der Kontroverwalter, Rechtsanwalt Dr. Währ, teilte mit, das insgesamt bisher 231.250 RM. Forderungen angemeldet worden sind. Davon entfallen auf bevorrechtigte Forderungen 42.700 RM., von denen jedoch vorläufig nur 700 Reichsmark anerkannt wurden. Unter den nicht bevorrechtigten Forderungen, denen bekanntlich eine kaum nennenswerte Masse gegenübersteht, findet sich als größter Posten die Kongregation der armen Schulknaben in Speyer mit 1.725.000 RM., die Niederländische Landhonverbund in Amsterdam mit 568.000 Reichsmark, die Kommerz- und Privatbank Filiale Essen 300.000 RM.

Heidelberg, 30. Nov. In der Kreisfeier Nordhale teilte die Kreisbürger Staatsanwaltschaft noch folgendes mit: Zu vermuten ist, daß der eine der Täter, welcher den Apotheker in der Gewerbehalle wohlgehoht, zu diesem Zwecke sich des Wankes bedient hat, der Apotheker solle ihm ein Rezept anfertigen, so wäre von Wichtigkeit festzustellen, ob etwa in der Zeit vor dem 20. November irgend jemand bei einem Arzt in der näheren oder weiteren Umgebung von Weiskirchen sich hat ein Rezept unter Umständen ausstellen lassen, welche nachträglich verdächtig erscheinen könnten. Die Kreisgerichts wird dringend ersucht, der Strafverfolgungsbehörde bei der Forderung nach dieser Richtung tatkräftig beizustehen zu sein und ihre alle irgendwo verdächtigen Wahrnehmungen auf dem schnellsten Wege zur Kenntnis zu bringen.

Heidelberg, 30. Nov. Großes Aufsehen erregte hier die Beschlagnahme einer Leiche, kurz bevor die Beerdigung stattfinden sollte. Der seit wenigen Wochen hier ansässige ehemalige Schiffmann Kathe fiel vor 3 Tagen auf einem Spaziergang im Walde plötzlich um und verschied bald darauf. Am Donnerstag sollte die Beerdigung stattfinden, alles war schon veranlaßt. Da kam die Obduktion entgegen, die Leiche war beschlagnahmt. Die Leiche, zwei Brüder des Verstorbenen waren gekommen und schöpften Verdacht, Kathe könne ein unnatürlichen Todes gestorben sein, und verlangten die Bestattung der Leiche, die nun vorgenommen wurde.

Bernichtetes.
Wiederaufnahmeverfahren im Falle Kullerjahn? Dem Reichsgericht in Leipzig liegen zurzeit Anträge des Reichsgerichts abgeordneten Rosenfeld vor, die ein Wiederaufnahmeverfahren im Falle Kullerjahn von den Berlin-Karlshofen Industrie-werken erstreben. Wie erinnerlich, war der Oberlandesverwalter Kullerjahn wegen Landesverrats in einer Justizstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Es lag Landesverrat zugunsten Frankreichs vor, und der Beweis gegen Kullerjahn war durch ebildliche Aussagen einer ungenannt gebliebenen Vertrauensperson zu lasten gekommen. Die französischen Behörden, mit dem der Beurteilung in Verbindung getreten war, haben natürlich Stillschweigen beobachtet. Ihm liegt aber die Aussagebeurteilung des französischen Leutnants Jost von der früheren Kontrollkommission vor, der erklärt hat, daß er bereit sei, zu schwören, Kullerjahn sei nicht der Verurteilte. Es ist möglich, daß am Grund dieser Aussagebereitschaft eine Vernehmung des Leutnants Jost in einer deutschen Grenzstation stattgefunden hat, bei der mit diesem Jost vielfach in Verbindung gebrachte Generaldirektor von Sontag durch seinen Kolporteur erklären lassen, daß die Verurteilung Kullerjahn nicht auf seine Aussagen hin erfolgt sei, er sei überhaupt niemals vom Reichsgericht vernommen worden.
Vandalen im Mittelalter. Auch das Mittelalter hat schon eine Vandalenpolizei. Freilich arbeitete sie mit sehr einfachen Mitteln. Nach Fertigstellung eines Neubaus war, gemäß wie heuteutage, eine „Vandalenpolizei“ erforderlich. Dies geschah nach den „Verordnungen“ der Städte Straßburg und Weiskirchen und erliefen hat, in der Weise, daß der Rat drei mit großen Dolben bewaffnete Männer schickte, die sich bemüht-

Baden.
Ettlingen, 30. Nov. Die Einheitsliste der Vereinigten Bürgerlichen Parteien hat die Ettlinger Gemeindevorhaben an-

Die Michelstedter

VON H. LORENZ • URHEBERRECHTSSCHUTZVERLAG O. MEISTER, WERDAU SA

(27. Fortsetzung.)

„Hat er!“ rief Merling und reichte dem Saalbediener Ludwig einen Zettel zur Weitergabe an den Vorsteher. Dieser überlas den Antrag, wies ihn dem Bürgermeister und dann den Magistratsmitgliedern vor, die heisend nickten.

„Der Dringlichkeitsantrag ist in Ordnung und logisch zur Abstimmung zu bringen! Es handelt sich um Vorgänge vor und bei dem Sängerverbandsfeste und zwei dahingehende Interpellationsfragen.“

Erstens: Ist es dem Magistrat bekannt, daß die Sänger Michelstedt höchst mißgestimmt verlassen haben?“

„Ragenhammer! Weiter nichts!“ tänke es höhnlich von rechts.

„Warum hat es der Magistrat unterlassen, die Sänger zu begrüßen?“

Zweitens: Wer ist für das verspätete Aufziehen der Reichsflagge auf dem Rathaus verantwortlich?“

Entrüstung auf der Rechten. Doch die Linke quillerte mit lächelndem Schweigen, ihres Sieges sicher.

Der Dringlichkeitsantrag kam zur Abstimmung. Da auch die Demokraten für ihn waren, ging er durch. Der Magistrat erklärte sich zur sofortigen Verhandlung bereit.

Der Bürgermeister erhob sich.

„Ich stehe nicht an, diese Unterhaltung als bedauerlich zu bezeichnen (Zurufe links: Wohl), schon weil ich dafür einrede, daß Michelstedt sich zur Kongressstadt entwickelt. Und gerade die Sänger hätte ich gern begrüßt. Leider mußte ich zum Städtetag reisen.“ (Zurufe links: Drückerberger!)

Die Stimme des Bürgermeisters zitterte vor Unwillen, als er weiter sprach:

„Es war meine Pflicht, den Städtetag zu besuchen. Außerdem möchte ich feststellen, daß der Magistrat nicht verpflichtet ist, derartige Festveranstaltungen zu begrüßen.“

„Aber beim Bauernbund war das was anderes! Jamoll!“ rief der Sozialdemokrat Merling. „Die Erklärungen des Herrn Bürgermeisters können uns nicht befriedigen. Wenn er zum Städtetag reisen mußte — wen hat er zu seinem Vertreter ernannt?“

Große Unruhe im Saal.

Ehe der Bürgermeister etwas äußern konnte, rückte sich der Stadtrat Hartroth erhoben. Augenblicklich trat völlige Stille ein. Er räusperte sich und sagte mit ruhigem Lächeln:

„Wollen die Herren der Linken mit mir als dem Verantwortlichen vorliebnehmen?“

„Und was hat der Herr Stadt- und Kommerzienrat Hartroth als Entlastung anzuführen?“

„Eine Entlastung kann nicht in Frage kommen, aus dem einfachen Grunde, weil ich mir keiner Schuld bewußt bin. (Hört! hört!) Der Herr Bürgermeister hat mir vor seiner Abreise die Schlüssel übergeben, aber von einer Begrüßung der Sänger war dabei nicht die Rede.“ (Zurufe links: Also vergessen! — Innerhört!)

„Schluß der Debatte!“ rief der Stadtverordnete von Erlbach.

Der Stadtverordnete Zimmermann fuhr als Referent fort: „Der Hauptzweck unserer Interpellation ist, den oder die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, durch deren Fahrlässigkeit oder gar bösen Willen das empörende Vorkommnis überhaupt möglich war. Unserer Ansicht nach ist der Hauptverantwortliche der Rathsausbediener Ludwig.“

Als Ludwig so gänzlich unerwartet angegriffen wurde, stieß er sich mit dem breiten Rücken von der Tür ab. Da sich bei 6- egungen kein Wähms einzustellen pflegte, schnappte er einige Male nach Luft wie ein gestrandeter Stöckerfarpfen, dann aber kam ihm die Sprache zurück:

„Ich bin kein Hausdiener! Sie! Hausinspektor ist mein Titel! Sie! Berichten Sie?“

„Hallen Sie den Mund, bis man Sie fragt!“ rief der Vorsteher dem Zornigen zu.

„Belagter Beamter gehört zu denen, die das Brot der Republik zwar essen,“ fuhr der Referent fort.

„Benig genug ist es!“ rief Ludwig.

„Sie sollen den Mund halten, sonst lasse ich Sie durch den Hausinspektor aus dem Saal entfernen.“ „I“ drohte der Vorsteher. Orfanartige Heiterkeit, als Ludwig die Aermel hochschlug und mit trockenem Humor erwiderte:

„Zu Befehl, Herr Vorsteher! Her mit dem Keil!“

„Der Herr Hausinspektor gehört zu den Beamten, die das Geld der Republik zwar einstecken, aber sonst auf die neue Staatsform pfeifen.“ (Geht richtig! links). Er wird bezahlt mit unleren Steuern!“

„Wir zahlen wohl keine?“ rief der Major dazwischen.

Die Erregung wurde noch größer, als jetzt der Kommunist Dornst das Wort erhielt.

„Dahin kommt es, wenn in unverständiger Weise Beamte angestellt und bezahlet werden, die nur den sturen Gamaischen Dienst gelernt haben, nur zu Kriegslinien hin sind!“

„Jemeinheit!“ brüllte Ludwig. „das soll ich mir noch dreißigjähriger ehrlischer Dienstzeit gefallen lassen?“

Kaum konnte der Entrüstete davon abgehalten werden, sich auf den Kommunisten zu stürzen.

„Verlassen Sie den Saal wegen wiederholter Ungebühr!“ befahl der Vorsteher.

„raus! raus! raus!“ tobte die Linke im Takt.

„Er ist beleidigt worden! Hierbleiben!“ schrie die Rechte. Da sah sich Ludwig im Sitzungssaal um, ließ seinen Blick über die Blöße der Kommunisten schweifen und rief:

„Ich liebe schon, Herr Vorsteher!“ Doch der sagte ihm auch da drüben! „Ich bin kein Jöde und kein Ritter mit die gepanzerte Faust, aber was die beiden zusammen hatten, habe ich ganz alleine!“

Damit drehte er sich um und verließ mit erhobenem Haupt würdiglich den Saal. Beim Anblick seiner respektablen Hinterfront konnte sich jeder durch Augenblicklich überzeugen, daß Ludwig keineswegs übertrieben habe.

„Noch Höch von Verhörungen! Haha! Das war mal die richtige Antwort!“ lachten die von rechts unter tobender Bes der Linksparteien. Lange dauerte es, bis die Ruhe wieder hergestellt war.

„Der Herr Stadtrat Hartroth hat das Wort!“ verkündete der Vorsteher.

„Alles schaute voller Spannung auf den alten Herrn, der ein selbes, ironisches Lächeln auf den bleichen Jügen, vor seinem Platz aus sprach.“

„Das Benehmen des Hausinspektors Ludwig war bestimmt nicht einwandfrei. Aber er ist von links her gereizt und von rechts zum Widerspruch ermutigt worden. Die Schuld trägt in allererster Linie dieser unelgige Parteiwille.“

Der Vorsteher sah den alten Stadtrat dankbar an; es schien, als ob so mancher wilde Parlamentarier in sich gebrochen wäre.

„In der Seele tut es mir weh, wenn ein alter pflichttreuer Beamter hier so gekränkt wird. Aber ich bede ihn mit meinem ganzen Verstand. Da der Herr Bürgermeister abwesend war, ist ich sein Vertreter und übernehme die volle Verantwortung. Auch stehe ich nicht an, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß durch Bubenhände ein so weislicher Vorfall herbeigeführt wurde! Es sollte mich freuen, wenn man sich die Unrichtigkeit meines Bedauerns zu glauben vermag!“

Die ruhigen Worte verflüchteten ihren Eindrud nicht.

„Wir begrüßen es,“ fuhr der Vorsteher fort, „daß Herr Stadtrat Hartroth in mannhafter Weise seinen Kopf hinhielt, daß er der Verhörung das Wort redet, und ich glaube, daß ich im Sinne aller Parteien spreche, wenn ich die Angelegenheit als erledigt betrachte!“

(Fortsetzung folgt.)



ben die Anhänger dieser ... den Bezirks- und Kreis ...

das Haus unzureichend. Selbige ihnen dieses nicht, so galt das ...
% Pfund Leber, aber recht mager! Die Geschmacksver ...
Das Lebensalter der Tiere. Der bekannte schottische Ge ...

zu wünschen. Der seine Weihnachtsbesuche dabei rechtzeitig ...
Vom Holzmarkt. Das Rundholzgeschäft begann im neuen ...
Neueste Nachrichten.
München, 30. Nov. Bei der Vollgeldaktion München ist eine ...
Wiesbaden, 30. Nov. Die Gewerkschaftsoberlände, Betriebs ...
Berlin, 30. Nov. Hamburger Blätter beachten gestern die ...
Bremen, 1. Dez. Das amtliche Endergebnis der Wahlen im ...

stimmte wurde dem Staatsvertrag mit dem Reich betr. Redar ...
Die neuen Notverordnungen vor dem ...
Berlin, 30. Nov. Das Reichskabinett ist am Sonntag um ...
Paris, 30. Nov. Drei neue Finanzhandels sind zu verzeichnen ...
Madrid, 30. Nov. Der vor einigen Tagen unter auße ...
Moskau, 30. Nov. Die Tel.-Ag. der Sowjetunion meldet: In ...
Tokio, 30. Nov. Nach den letzten amtlichen Meldungen ...
Bombay, 30. Nov. Im Zusammenhang mit der von den ...
Württembergischer Landtag.
Stuttgart, 30. Nov. In der Samstag-Sitzung des Land ...

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.
Weihnachtsbesuche - Preisentwertung.
Stuttgart, 29. Nov. Vom Württ. Industrie- und Hand ...

Kassen - Bonblöcke
für Wirtschaften und Cafés
E. Reeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg,
Inh.: Fr. Biesinger.

der Reichsfänger wohl noch einmal mit den Ländern besprechen. Das Personförzungsgezet soll zunächst fortfallen, um vielleicht später dem Reichstag vorgelegt zu werden. Beim Tabakzoll ist eine Herabsetzung vorgezogen.

Die Einzelheiten stehen natürlich nicht fest, ehe das Abkennet die Beratungen abgeschlossen hat. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es den Bemühungen des Kanzlers gelungen ist, die Gefahr einer Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag zu beseitigen. Auch der Sonntagsartikel des „Vorwärts“ wird in diesem Sinne kommentiert.

Gröner über Abrüstung.

Berlin, 30. Nov. Der Chefredakteur des Wolff-Büros hatte Gelegenheit, sich mit dem Reichswehrminister über das Abrüstungsproblem zu unterhalten. Diercks erklärte Gröner u. a. folgendes: „Zwölf Jahre, nachdem in feierlichen Verträgen eine allgemeine Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen vereinbart wurde, müssen wir die Tatsache feststellen, daß heute in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben wird als vor dem Kriege; daß sich die Zahl der in Friedenszeiten unter Waffen stehenden Männer — unter Ausschluß der Mittelmächte — allein in Europa um nahezu 500 000 Mann erhöht hat.“

Der Reichswehrminister ließ nun noch einmal die riesigen Zahlen unserer Abrüstung aufmarschieren, von denen er im einzelnen als vermindert oder abgeliefert nannte: 6 Millionen Gewehre und Karabiner, 120000 Waffensysteme, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 27 700 Flugzeugmotoren, 547 Flugzeugballen und 30 Luftschiffballen, und fuhr dann fort: Die Organisation der neuen Wehrmacht ist von der Gliederung der obersten Stufen an bis in die feinste Einheit hinein, von dem letzten Fußangel von den Slogern bis zum Gewehr bestimmt worden. Diese unerhörten Summen haben an das deutsche Volk Anforderungen an Disziplin und Zurückhaltung gestellt, die nur deshalb erfüllt werden konnten, weil hinter diesen ganzen Maßnahmen die feierlichen Verpflichtungen zu einer allgemeinen Abrüstung standen. Was ist statt dessen aus der im Versailler Vertrag und in der Völkerbundbeschlusung vereinbarten Abrüstung geworden? Früher hat man uns gesagt, die Abrüstung könne erst dann beginnen, wenn unsere Entwaffnung durchgeführt sei. Die Bedingungen werden von uns erfüllt. Aber die Regierungen einzelner Länder erfinden immer wieder neue Vorwände, um die ungeheure Vergrößerung und Vervollkommnung ihrer Rüstungen zu begründen und die Abrüstung zu sabotieren. Nachdem Dr. Gröner sich ausdrücklich gegen die Behauptung eines immer noch vorhandenen deutschen „potentiell de querte“ gewandt hatte, fuhr er fort: Man hat behauptet, die Ausbildung der landwärtlichen Berufsdaten sei der der landwärtlichen Berufsdaten so weit überlegen, daß aus diesem Grund die Sicherheit Frankreichs bedroht sei. Nachdem man also den Umfang und die Form der deutschen Entwaffnung bis in die letzten Einzelheiten bestimmt und kontrolliert hat, soll nun eben diese Form der neuen deutschen Wehrmacht ein Beweis der Gefährlichkeit deutscher Rüstungen sein. Was nützt uns aber der dreifach ausgebildete Soldat, der gegenüber den 200 sofort aktiv verfügbaren Kampfwagen unserer Kavallerie nur seine Tank-Atropen aus dem Wagnis zur Verfügung hat? Wie kann das deutsche Heer die französische Sicherheit bedrohen, wenn es nur 288 Feldgeschütze den 700 leichten und schweren Geschützen Frankreichs gegenüberstellen kann? Die heute vielfach erdichtete Theorie von der Überlegenheit kleiner Berufsheere wird ebenso niemals an der Tatsache vorbeigehen können, daß auch das beste Berufsheer wertlos ist, wenn es sich nicht aus Reserveen ergänzen kann. Solche Reserveen stehen uns überhaupt nicht zur Verfügung. Seitdem auch die Vorkonferenz

auf Vorschlag der militärischen Sachverständigen bekräftigt wurde, daß die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt sei, sucht man heute die Tücke von der bedrohten Sicherheit Frankreichs durch Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen aufrechtzuerhalten. Man hat den Wehretat als Beweis herangezogen versucht und ihn mit unserem Vorkriegsbesatz verglichen. Dazu kann ich nur sagen, man gebe uns die Freiheit, das uns im Versailler Vertrag aufgezogene zehnerische Wehretat wieder zu beseitigen. Dann werden wir nicht mehr gezwungen sein, im Vergleich zum Wehretat die Besatzung an Lohnung, das Verbot für die Unterbringung und das Verbot an allen anderen Vorsorgemaßnahmen zu zahlen. Statt mit Beweisen, statt mit konkreten Angaben sucht Frankreich seine Sicherheitsforderungen mit allgemeinen Behauptungen zu vertreten, zu denen deutsche Organisationen und deutsche Presseorgane das Material geliefert haben. Ich würde nicht an diese beschämende Tatsache erinnern, wenn nicht jede Basis der Abrüstungsverhandlungen von verheimlichtem „Entbillungen“ über unsere angeblichen Rüstungen begleitet würde. Die französischen Behauptungen über unsere Geheimrüstungen, für die man uns seit 12 Jahren den Beweis schuldig bleibt, stützen sich auf die Propaganda von Denunzianten und Verleumdern. Sie haben seit Jahr und Tag die Atmosphäre der Verhandlung getrübt, und Deutschland wird sich gegen dieses Treiben — even um der Verhandlung willen — mit den schärfsten Mitteln wehren. Glaubt man in Frankreich, daß es in einem Lande mit einer so teilschenden Orientierung über das Abrüstungsproblem, auch nur eine Waffe „geheim“ herzustellen, wenn Hunderte von Menschen an dem Produktionsprozess beteiligt sind? Frankreich legt seine ganzen verfügbaren militärischen Kräfte ein, um die militärische Ausbildung seiner Jugend zu betreiben. Den deutschen Militärbehörden ist jede Verbindung mit Vereinen und so weiter unmöglich gemacht. Glaubt man in Frankreich, daß Organisationen, wie z. B. der Stahlhelm oder das Reichsbanner, die sich der körperlichen Erhaltung ihrer Mitglieder widmen, in der Lage wären, unter diesen Umständen und ohne jede Kriegswaffe überhaupt militärische Reserveen zu stellen? Nein! Man hat die Abrüstung verordnet, um den Frieden zu sichern. Man gefährdet aber den Frieden, solange die Abrüstung auf ein Land beschränkt und es jedem feindlichen Einfall wehrlos ausgeliefert bleibt. Wenn unter diesen Umständen erklärt wird, Frankreich sei noch nicht die Möglichkeit gekommen, mit einer fühlbaren Abrüstung zu beginnen, dann bedeutet das den Bruch der feierlichen Verpflichtungen, der von Deutschland begonnenen Abrüstung zu folgen. Versteht man unter der vielfach geforderten Abrüstung der Wehr die Unterwerfung unter die Forderung einseitiger Wehrlosigkeit, den wirtschaftlichen Verzicht auf das Recht der Selbstverteidigung, dann allerdings kann ich nur sagen, daß diese Forderung der würdigen Selbstverpflichtung von der deutschen Nation niemals erfüllt werden wird. Das Bedürfnis nach nationaler Sicherheit ist berechtigt und in der Völkerbundbeschlusung verankert. Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Feuer an Bord des „Do. X.“

Lissabon, 30. Nov. Am Samstag nachmittag brach — wie durch Anschlag bereits bekannt gegeben — auf dem Do. X ein Brand aus. Nach der ersten Meldung soll der linke Flügel des Flugzeuges vollkommen verbrannt sein. Nach später eingegangenen Meldungen ist lediglich die Stoffüberhüllung des Vorderflügels abgebrannt. Alle wesentlichen Teile sind intakt geblieben. Der Brand entstand nicht im Dölmotorenraum, sondern durch Funkenflug aus dem Auspuff des Motors an der Seite. Alle Ersatzteile für die Reparatur sind vorrätig. Eine Reparaturmöglichkeit besteht auf der Unterflügelstation

in Lissabon. Sie soll etwa 3 bis 4 Wochen dauern. Der Flug wird nach Ausbesserung der Schäden fortgesetzt werden. Der Unfall soll auf den geplanten Überflug keinerlei Einfluß haben. Ergänzend wird noch mitgeteilt, daß die Föschung des Brandes ausschließlich mit Bordmitteln und allein durch die Besatzung erfolgte. Als die Feuerwehrr und Marine anrückten, war das Feuer bereits gelöscht.

Die Reparatur.

Lissabon, 30. Nov. Zu dem Brand an Bord des Flugzeuges Do. X wird ergänzend gemeldet, daß die Konstruktion des Flügels nicht in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Es konnte festgestellt werden, daß eine Instandsetzung des Flügels in kürzester Zeit möglich ist. Von Friedrichshafen und Altenrhein wurden die erforderlichen Ersatzteile sofort telephonisch angefordert, ebenso die notwendigen Mannschaften. Bei guten Transportverhältnissen können diese in 10 Tagen in Lissabon sein, so daß in 2 bis 3 Wochen mit der Reparatur begonnen werden kann. Man rechnet, daß die Do. X in vier Wochen wieder flugfähig sein und ihren Flug weiterführen kann. Unter dem linken Flügel ist nichts beschädigt. Eine Unvorsichtigkeit oder gar ein Verstoß irgend eines Mitglieds der Besatzung muß das entscheidende Verursacher werden. Beim Brandausbruch befanden sich 3 Mann an Bord. Der Kapitän war in einem Boot 50 Meter von dem Flugzeug entfernt. Der Dölmotor hat während des Fluges tadellos funktioniert und ist jeweils mehrere Stunden gelaufen, ohne daß sich das geringste gezeigt hätte.

Sportliste.

Fußball, Bezirksliga: Gruppe Württemberg: F.C. Wetzheim — Germania Weingarten 2:1, F.V. Zuffenhausen — S.V. Stuttgart 1:1, B. f. R. Heilbronn — F.C. Birkfeld 5:2. Die Wehrerleichterung ist also auch nach dem gestrigen Spieltag noch ungeklärt. Union Weingarten, B. f. R. Stuttgart und F.C. Wetzheim stehen punktgleich an der Spitze; F.C. Wetzheim allerdings noch mit einem Spiel weniger wie die zwei ergebnislosen. Gruppe Baden: Karlsruher F.C. — VfL Karlsruhe 2:1, F.C. Reutlingen — B. f. R. Karlsruhe 4:0, Sportklub Reutlingen — F.C. Reutlingen 1:1. Gruppe Nordbaden: B. f. R. Kirchheim — Würzburger Kickers 0:3, F.C. Würzburg — F.C. Nürnberg 2:1, Bayern Del — W.S.B. Nürnberg 3:2. Gruppe Südbaden: 1890 München — Schwaben Augsburg 3:2, Bader München — D.S.P. München 0:2, Jahn Reutlingen — Teutonia Reutlingen 3:1. Kreisliga: Kreis Enz-Neckar: F.C. Oudensfeld — VfL Weingarten 2:3, F.C. Enzingen — F.C. Enzingen 1:2, Sp. Bgm. Dillweissenheim — Viktoria Enzberg 3:0, F.C. Ketsch — F.C. Pflanzentrom 5:0. A-Klasse: F.C. Königshaus — F.C. Reutenburg 1:1 (Dobzeit 1:0). Trotz schlechten Bodens stand das Spiel auf hoher Stufe. Reutenburg führt also weiterhin noch ungeschlagen die Tabelle.

Hinweise.

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.) Am Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, findet in der Redaktionsstelle des Reichsbanner-Wetzheim eine Beratung der Berufsberatungstelle für die zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen an den höheren und Volksschulen statt. Angesichts der Bedeutung der Berufsberatung bei der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage werden die Eltern eingeladen, von der Beratung teilregenen Gebrauch zu machen.

Gemeinde Birkfeld.
Viehählung.
Am 1. Dezember 1930 findet eine Zählung der Pferde, Esel, des Rindviehs, der Schafe, Schweine, Ziegen, des Geflügels (Gänse, Enten, Hühner, ausgenommen Truthühner), der Bienenstöcke und der Silberfische, sowie eine Erfragung der in der Zeit vom 1. September 1930 bis 30. November 1930 vorgenommenen Hauschlachtungen von Schweinen und Ferkeln statt.
Jedermann, der Tiere vorgenannter Art besitzt oder Hauschlachtungen von Schweinen und Ferkeln in der oben angegebenen Zeit vorgenommen hat, wird aufgefordert, dies dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, genau anzugeben. Wenn bis zum Ablauf des 3. Dezember 1930 ein Zähler nicht gekommen ist, so sind die vorstehenden Angaben im Laufe des folgenden Tages auf dem Rathaus zu machen.
Birkfeld, den 29. November 1930.
Rathschreiber Wucherer.

Gemeinde Birkfeld.
Auf die im Rathaus angeschlagene Bekanntmachung, betr. das **Verbot „Lagerung von Heu und Stroh im Freien und in Feimen“** wird hingewiesen.
Birkfeld, den 29. November 1930.
Schultheißenamt: Reuthaus.

Für erstklassigen
Klavier-Unterricht
werden jederzeit Schüler angenommen, Anfänger und Fortgeschrittene.
Dora Staub, Neuenbürg, Waldrennerstr. 373.
ehemalige Schülerin der
Bad. Hochschule f. Musik, Karlsruhe.

Rom wurde nicht an einem Tag erbaut
und Sie können von einer einmaligen Insertion nicht das verlangen, was Ihnen eine Dauerwerbung garantiert. In der Stetigkeit einer Ankündigung liegt, soweit diese Ankündigung die Vorbedingung werbewirksamer Aufmachung erfüllt, der große Erfolg begründet. Durch wiederholtes, längeres Aussetzen Ihrer Insertionen verbarrikadieren Sie den Eingang Ihres Geschäftes; Sie verlieren den Kontakt mit der Kundschaft, die Kundschaft den Kontakt mit Ihnen. Wenn wir Ihnen heute sagen, daß eine Dauerinsertion in dem anerkannt wirksamen Bezirksamtsblatt „Der Enztäler“ mit seinen Nebenausgaben für Ihr Unternehmen eine rentable Geldanlage bedeutet, so gestatten Sie uns bitte recht bald, diese Behauptung unter Beweis zu stellen.

Donnerstag, 4. Dezbr.
Krämer- und Schweinemarkt in Neuenbürg.
Besuch aus dem Seuchengebiet verboten.

Deffent. Vortrag
Dienstag den 2. Dez., abends 8 Uhr, im Nebenraum des Hotels „Schwarzwalddraht“ in Birkfeld
„Die bestimmte Zeit des Endes!“
Eintritt frei! Kommen, hören, prüfen!
Jedermann eingeladen.
Redner: **E. Adolph.**

Höfen a. Enz.
Die Verleumdung,
die ich am 22. November im Gasthaus zum „Nisch“ gegen August Kettler, A. S., ausgesprochen habe, nehme ich hiemit zurück.
Otto Wild.

Berner ist ja viel billiger
Der Weihnachts-Verkauf hat begonnen!
Wer jetzt die riesigen Vorteile meines Weihnachts-Verkaufes in **Damen-, Mädchen- und Kinder-Bekleidung** nicht ausnützt, versäumt die günstige Gelegenheit, gute, herrliche Waren **viel billiger** als je zu kaufen.
E. Berner
Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.
BITTE UM BESICHTIGUNG MEINER SCHAUFENSTER

Wir vergeben
an jedermann leichte Beschäftigung von der Wohnung aus usw., auch als Nebenverdienst, nach unseren Arbeitsunterlagen.
Monatsverdienst bis RM. 600.—
Beginn und Verdienst sofort. Kapital nicht erforderlich.
Neos Versand-Gesellschaft m. b. H., Münster i. W. Nr. 282.

RM. 20-25000.—
entl. geteilt auf I. Hypothek oder II. Hypothek anzulegen.
Anfragen an die Engländer-Gesellschaft unter Nr. 1000 erbeten.